K2-084-2

Kapitel

Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018 in Hirschaid

Initiator*innen: KV Starnberg (dort beschlossen am: 11.04.2018)

Titel: **K2-084-2: Bayern - Land der Chancen für alle**

Von Zeile 83 bis 84 einfügen:

Projekten werden wir stärken. Die **Rechte der Schülermitverantwortung auf Schul- wie auf Landesebene werden wir verbessern.** **Wir wollen Friedensbildung fächerübergreifend in den Schulen des Landes stärken und damit fester in den Bildungsplänen verankern, als es bisher der Fall ist.**

Begründung

Es gilt, die bereits existierenden Angebote der Akteur*innen aus den Bereichen der Friedensbewegung und Friedenspädagogik sichtbarer zu machen und über sie zu informieren. Insbesondere Lehrer*innen soll damit der Zugriff auf thematische Materialien und Ressourcen vereinfacht sowie Beratung und Unterstützung bei ihrem Einsatz im Unterricht geboten werden.
Das gewaltfreie Zusammenleben in Schule und Gesellschaft ist ein hohes Gut und keineswegs selbstverständlich. Es bedarf dafür der Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen Formen von Gewalt, deren Ursachen und Entstehungsbedingungen.
Es bedarf ebenso der Erarbeitung von Strategien gegen Gewalt und der Entwicklung eines Bewusstseins davon, wie Menschen in ihrer Umgebung, in Deutschland und weltweit in Frieden zusammenleben können. Das Ringen um Antworten, das Bewusstwerden der eigenen Verantwortung und der eigenen Möglichkeiten, zum Frieden beizutragen, sowie die Förderung der eigenständigen

Meinungsbildung haben in der Schule und in der außerschulischen Bildungsarbeit einen herausragenden Stellenwert.
Die abgeleiteten Handlungsfelder der Friedensbildung an Schulen umfassen ein breites Spektrum: Es reicht von Maßnahmen der Gewaltprävention über die Beschäftigung mit friedens- und gewaltfördernden Strukturelementen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft bis hin zur Auseinandersetzung mit friedens- und sicherheitspolitischen Fragestellungen in einer globalisierten Welt.
Seit dem 8.Juni 2010 gibt es auch in Bayern eine Kooperationsvereinbarung zwischen dem Kultusministerium und der Bundeswehr (Wehrbereichskommando IV – Süddeutschland) zum Einsatz von Jugendoffizieren an Schulen. Diese Vereinbarung ist laut Presseerklärung des Kultusministeriums ein „Angebot an die Gesellschaft“. Nach Auffassung des dort zitierten Generalmajors sind Jugendoffiziere „... ausgewiesene Experten in sicherheitspolitischen Fragen und für entsprechende Themen besonders gut geeignet. Sie können sehr gut auf die Schüler aller Bildungseinrichtungen eingehen und zum politischen Diskurs anregen ...“.
Leider fehlen in Bayern entsprechende Vereinbarungen des Kultusministeriums mit Akteur*innen aus dem Bereich der Friedensbewegung und –pädagogik, wie sie inzwischen etwa in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg existieren. (siehe auch unser Projektvorschlag in P2)